

Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Mittwoch, 12. Oktober 2016 · Nr. 238 · 237. Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 4.40 · € 4.40



AMEL EMRICH / AP

Die Last der Vermissten

Auch mehr als zwanzig Jahre nach dem Bosnienkrieg liegen noch Tausende von Vermissten in Massengräbern. Mit internationaler Hilfe hat das Land zwar Fortschritte bei der Identifizierung der Toten gemacht. Dennoch kämpfen vor allem Bosnierinnen wie Fadila Efendic (Bild) weiter darum, dass ihre Söhne, Väter und Ehemänner nicht in Vergessenheit geraten – auch gegen politische Widerstände. *International, Seite 7*

Beispielloses Smartphone-Debakel

Samsung stellt die Produktion des feuergefährlichen Galaxy Note 7 ein

Samsung zieht wegen ungelöster Probleme mit dem Galaxy Note 7 die Notbremse. Darunter leiden dürfte die gesamte südkoreanische Wirtschaft.

PATRICK WELTER, TOKIO

Samsung Electronics nimmt zwei Monate nach der Einführung des Smartphone-Spitzenmodell Galaxy Note 7 vom Markt und stellt dessen Produktion endgültig ein. Mit dem drastischen Schritt versucht der Konzern den Imageschaden zu begrenzen, nachdem Dutzende Handys des Modells wegen eines überhitzten Akkus in Brand geraten waren. Zunächst hatte Samsung nur den Verkauf des Modells global gestoppt und alle Kunden aufgefordert, die Geräte gegen ein anderes Modell zu tauschen oder sich ihr Geld zurückerstatten zu lassen.

Samsungs Produktdebakel droht die südkoreanische Wirtschaft mitten in einer Schwächephase zu belasten. Samsung Electronics ist Kern der Samsung-Gruppe, des grössten familiengeführten Konglomerats des Landes. Die Gruppe trägt zusammen rund 22 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei und ist neben dem Elektronikgeschäft auch in den Bereichen Bau, Schiffbau, Maschinenbau, Finanzen und Versicherungen sowie im Gastgewerbe tätig.

Samsung hatte das übergrösste Smartphone Anfang August vorgestellt und wollte damit gegen den Rivalen Apple im Weihnachtsgeschäft punkten. Doch schon zwei Wochen nach dem Verkaufsstart rief das Unternehmen 2,5 Millionen ausgelieferte Modelle zurück, nachdem Geräte in Brand geraten waren. Aus Angst vor Feuer an Bord verboten Fluggesellschaften rund um den Globus ihren Kunden, das Samsung-Modell während des Flugs zu nutzen oder aufzuladen. Vergangene Woche klagten dann Kun-

den, dass auch ausgetauschte Geräte in Brand geraten seien. Daraufhin zog Samsung die Notbremse.

Der Konzern war am Dienstag ausserstande, die Zahl der global verkauften Galaxy Note 7 zu beziffern. Eine südkoreanische Regierungsagentur sprach von neuen Problemen mit dem Smartphone. Das deutet darauf hin, dass es sich nicht nur um fehlerhafte Akkus handelt. Schon vor dem Aus für das Smartphone hatten Experten die Kosten des Umtauschs auf umgerechnet bis zu 2 Milliarden Franken geschätzt. An der Börse in Seoul gab der Aktienkurs des Unternehmens am Dienstag um 8 Prozent nach.

Wie viele Geräte in der Schweiz ausgeliefert worden sind, ist nicht bekannt. Swisscom spricht von rund 200 betroffenen Kunden. Sunrise nennt keine Zahlen. Salt, der dritte Schweizer Mobilfunkanbieter mit eigenem Netz, habe noch keine Geräte ausgeliefert, hiess es auf Anfrage der Nachrichtenagentur SDA.

«Reflexe», Seite 34

Ständerat steht vor Gretchenfrage

Hürden bei Umsetzung der Zuwanderungsinitiative

Nebst einer Verschärfung des «Inländervorrangs» prüft die ständerätliche Kommission auch eine allfällige Verfassungsrevision. Misst man den Ständerat an seinem eigenen Anspruch, müsste er ihr wohlgesinnt sein.

HEIDI GMÜR, BERN

Nach einer zweitägigen Sitzung hat die Staatspolitische Kommission (SPK) des Ständerats am Dienstag vorerst nur beschlossen, auf die Vorlage zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative einzutreten. Die Detailberatung, also die konkrete Auseinandersetzung mit der vom Nationalrat beschlossenen Meldepflicht offener Stellen an die Arbeitsvermittlungszentren («Inländervorrang light»), beginnt die Kommission erst Ende Monat. Man kann aber davon ausgehen, dass sie dabei den «Inländervorrang» verschärfen wird – allerdings nur so weit, als er das Personenfreizügigkeitsabkommen nicht infrage stellt.

Wie gross der Spielraum ist, ist auch unter Experten umstritten. Nun würde man sich zwar mit jeder Verschärfung automatisch auch dem Verfassungsauftrag annähern. Artikel 121a der Bundesverfassung schreibt bekanntlich vor, dass die Schweiz die Zuwanderung «eigenständig steuern» muss; dabei soll aber nicht nur ein Inländervorrang gelten, es sind auch Höchstzahlen und Kontingente festzulegen. Die Differenz zu diesem Zuwanderungsartikel dürfte daher gross bleiben. Die ständerätliche SPK prüft daher auch die Frage, ob man nicht die Verfassung anpassen müsste.

Gegenvorschlag zu «Rasa»?

Deutlich abgelehnt hat sie nun zwar einen Antrag, mit dem das Parlament bereits im Dezember – parallel zur Gesetzesberatung – auch eine Verfassungsänderung hätte beschliessen können. Selbst Befürworter einer solchen Lösung räumten auf Anfrage ein, dass dies ein Murks gewesen wäre. So wären für die Vernehmlassung zur Verfassungsänderung bloss drei Tage Zeit geblieben. Angenommen hat die Kommission hingegen einen Antrag, wonach der Bundesrat der Kommission bis Ende Oktober Varianten eines direkten Gegenantrags zur Rasa-Initiative aufzeigen

soll. Die Rasa-Initiative will den Zuwanderungsartikel ersatzlos aus der Verfassung streichen. Der Bundesrat muss spätestens am 26. Oktober entscheiden, ob er selber einen direkten Gegenvorschlag zu Rasa ausarbeiten möchte oder nicht. Spricht er sich dagegen aus, wird sich die SPK des Ständerats dazu äussern müssen: «Macht der Bundesrat nichts, werde ich in der Kommission einen Antrag auf einen Gegenvorschlag stellen», sagt SP-Ständerat Hans Stöckli auf Anfrage. Support erhält er dabei von Andrea Caroni (fdp.), während sich etwa dessen Parteikollege Philipp Müller dazu noch nicht äussern wollte. Ob eine Verfassungsänderung nötig werde, könne man erst beurteilen, wenn das Gesetz zu Ende beraten sei.

Ständerat legt die Latte hoch

Stöckli und Caroni gehen hingegen davon aus, dass die Differenz in jedem Fall zu gross bleiben wird, um von einer ausreichenden Umsetzung der Verfassung sprechen zu können. In diese Richtung äusserte sich auch Daniel Jositsch (sp.) am Dienstag im «Tages-Anzeiger». Ob sich in der Kommission und danach auch im Ständerat eine Mehrheit für eine Verfassungsrevision findet, ist derzeit unklar. Sicher ist, dass der Ständerat noch im Juni einen überaus strengen Massstab angelegt hatte, wenn es um die Achtung der Verfassung geht. Damals beriet er die Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien – und sorgte dafür, dass der Bundesrat das Protokoll erst ratifizieren darf, wenn bei der Zuwanderung eine Lösung «besteht», die mit der Schweizer Rechtsordnung «vereinbar» ist.

SP-Chef Christian Levrat hatte damals als Kommissionssprecher das Wort geführt und das Parlament dabei an dessen Rolle als «Garant der Verfassung» ermahnt, zumal die Schweiz keine Verfassungsgerichtsbarkeit kenne. Ähnlich argumentierten Didier Berberat (sp.), Pirmin Bischof (cvp.), Jean-René Fournier (cvp.) und Karin Keller-Sutter (fdp.). Damian Müller (fdp.) sagte: «Ziel muss sein, dass wir eine Lösung finden, die den Volkswillen respektiert und die verfassungsrechtlich kompatibel ist.» Auch Brigitte Häberli-Koller (cvp.) und Thomas Hefti (fdp.) redeten einer strikten Verfassungstreue das Wort. Damit hat der Ständerat die Latte auch für die Zuwanderungsinitiative hoch gelegt.

Schweiz, Seite 13



ANWICK RAMP / NZZ

YELLO
Zum ersten Mal in ihrer Bandgeschichte geben Dieter Meier (Bild) und Boris Blank richtige Konzerte SEITE 39

TERRORISMUS IN DEUTSCHLAND

Der verhinderte Anschlag belebt eine alte Debatte SEITE 3

MUSIK HUG

Das Traditionshaus baut 85 Stellen ab und schliesst Läden SEITE 17

ZÜRCHER EUROPAALLEE

Kritiker halten das Milliardenprojekt für misslungen SEITE 18, 19

GENERATIONEN – WIE WIR REISEN
Airbnb ist als Vermittler privater Unterkünfte weltweit bekannt. Auch reiselustige Rentner nutzen die Plattform immer öfter. Jetzt lanciert «The Freebird Club» das Airbnb für Senioren. Ein Besuch bei den ersten Schweizer Mitgliedern. Seite 15

NZZ nzz.ch/schweiz

HURRIKAN «MATTHEW»

Haiti wird noch jahrelang unter den Folgen leiden SEITE 22

IT-BRANCHE

CEO Michael Dell rühmt die Megafusion mit EMC SEITE 27

NATIONAL HOCKEY LEAGUE

Nashville mit dem Schweizer Roman Josi ist Titelanwärter SEITE 44

WETTER

Am Vormittag Hochnebel, Obergrenze zwischen 1000 und 1300 Metern. Sonst meist sonnig, in der zweiten Tageshälfte hohe Wolkenfelder. SEITE 21

TV/Radio 41, Traueranzeigen 16
Sportresultate 43, Kino 8

NZZ www.nzz.ch

Redaktion und Verlag: Neue Zürcher Zeitung, Falkenstrasse 11, Postfach, 8021 Zürich, Telefon: +41 44 258 11 11, Leserservice/Abonnements: +41 44 258 10 00, weitere Angaben im Impressum Seite 9

